

## Energiewende:

### CDU Windpläne lösen kreisweit Proteste aus!

**Die von der CDU geführten Bundes- und Landesregierung gemachten Vorgaben für die Windenergie haben im ganzen Kreis Fulda einen Sturm der Entrüstung erzeugt.**

200 Meter hohe Windräder, vorwiegend in Waldgebieten, kaum Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger. Vorgaben, die die wirtschaftliche Beteiligung der Bürger erschweren schaffen ein Klima gegen die Windenergie.

Auch die CDU Vertreter des Landkreises Fulda, an der Spitze Landrat Woide, Mitglied des Präsidiums der Regionalversammlung, haben in der Regionalversammlung diesen Plänen zugestimmt.

Initiativen der LINKEN. Offenen Liste für eine soziale, bürgernahe Umsetzung der Energiewende wurden durch die CDU Mehrheit im Kreistag stets abgelehnt.

Statt wie gefordert regionale Konzepte zu erarbeiten versteckt man sich hinter zentralen Entscheidungen und stellt sich nun als Verhinderer dieser selbst gemachten Pläne dar.

In Wirklichkeit geht es bei der Windenergie um viel Geld. Für den Standort von einem Windrad erwarten Grundstücksbesitzer jährliche Pachteinahmen von bis zu 60.000,- Euro.

Die Investitionen für eine 200 Meter hohes Windrad belaufen sich auf bis zu 4 Millionen Euro. Dennoch winken für die Betreiber pro Windrad staatlich garantierte Millionengewinne.



Die großen Energiekonzerne setzen alles daran dieses Geschäft zu machen.

Die CDU geführte Bundesregierung betreibt eine Politik im Interesse dieser Konzerne. Die gemachten Vorgaben für die Windenergie spielen den Großkonzernen in die Hände. Statt regionale Konzepte mit Kleinanlagen zu fördern, stellen die geplanten Großanlagen ein Hindernis für eine breite Bürgerbeteiligung dar. Die LINKE. Offene Liste hält aus diesen Gründen die Bürgerproteste für berechtigt und unterstützt sie, Wir rufen alle Bürger/innen dazu auf, ihre Widersprüche während des Anhörungsverfahrens (bis 27. Mai) einzubringen.

Insbesondere sollte aber deutlich werden, dass man die Energiewende unterstützt und sich für ein Konzept der Windenergie unter Bürgerbeteiligung einsetzt.

Nach unserer Einschätzung haben die jetzt vorgelegten Pläne schon aus artenschutz- und naturschutzrechtlichen Gründen keine Chance, so dass mit einer neuen Vorlage und einem neuen Anhörungsverfahren zu rechnen ist.

## Aus dem Inhalt:

### Seite 2:

- **Steuerverschwendung: 7 Millionen für den Breitbandausbau durch den Landkreis!**
- **Pflegenotstand bekämpfen!**

### Seite 3:

- **Ältere Arbeitslose haben wenig Chancen!**
- **G9 Wahlmöglichkeiten erweitern!**

### Seite 4:

- **Stoppt die Rentenkürzungen!**
- **Impressum**



## Breitbandausbau: Weitere 2 Millionen Euro aus dem Kreishaushalt!

**Der Landkreis Fulda plant weitere 2 Millionen Euro für den Breitbandausbau der ÜWAG zur Verfügung zu stellen.**

Insgesamt 7 Millionen Euro zahlt der Landkreis für ein Projekt der ÜWAG zum Ausbau des Breitbandnetzes.

Die LINKE.Offene Liste hat sich in der Kreistagsitzung gegen diese Steuererschwendung ausgesprochen und die Pläne des Landkreises abgelehnt. Nachdem das Konzept, wonach sich alle Gemeinden für das ÜWAG Breitbandnetz entscheiden sollten, grandios gescheitert ist, versucht der CDU geführte Landkreis nun zu retten was zu retten ist.

Statt der geplanten 45 Millionen Euro Investitionen der ÜWAG sind nun noch 18 Millionen übrig geblieben. Die gewinnträchtigen Bereiche in und um Fulda bauen die Deutsche Telekom und Unitymedia aus. Die Randbereiche bleiben der ÜWAG. Damit sich das irgendwie noch rechnet, muss der Steuerzahler fast 40 Prozent der Kosten übernehmen.

Sollten Gewinne entstehen (eher nicht) gehen diese zu Gunsten der ÜWAG. Anteile der ÜWAG sollen nun an die Thüga verkauft werden, so dass eventuelle Gewinne auch an andere gehen.

Es ist wieder einmal so, die Gewinne machen die Konzerne, der Steuerzahler darf für die unrentablen Bereiche und eventuelle Verluste aufkommen.

Die LINKE.Offene Liste hat den Landrat aufgefordert in Gespräche mit allen Anbietern einzutreten und eine flächendeckende Versorgung zu erreichen. Das Festhalten an einem abgespeckten ÜWAG Konzept kostet



zu viele Steuergelder, belastet das kommunale Unternehmen ÜWAG und birgt erhebliche finanzielle Risiken.

### Hintergrund:

Auf Drängen von CDU und FDP wurde mit den Stimmen der SPD bereits vor 20 Jahren die Privatisierung des Fernmeldewesens beschlossen.

Wie von Ihnen gewünscht tummeln sich nun nationale und internationale Konzerne auf dem Telekommunikationsmarkt.

Im Vordergrund steht die Gewinnmaximierung. Alleine die Deutsche Telekom schüttet jährlich Milliardenbeträge an Dividende aus. Nun, nachdem das Telekommunikationswesen privatisiert wurde, stellt man fest, dass die Interessen der Allgemeinheit und der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in ländlichen Gebieten hinten runterfallen und bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt werden. Man spricht von Marktversagen. Geld für den Ausbau von Breitband in ländlichen Gebieten rechnet sich nicht..

Aber dafür ist ja der Steuerzahler da. 7 Millionen Euro sollen nach den neuen Vorschlägen der CDU von den Bürgern des Landkreises aufgebracht werden. Natürlich kreditfinanziert, denn ausreichende Mittel hat der Kreis leider nicht.

## Pflegenotstand bekämpfen!

Der Landkreis stellt für den Aus- und Umbau des Klinikums Fulda insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung, natürlich kreditfinanziert.

In der Sitzung am 06. Mai hat die LINKE.Offene Liste dem nicht zugestimmt.

Im Klinikum Fulda fehlen keine OP Säle. Es fehlt vor allem an Personal. Statt endlich den Personalabbau zu stoppen sollen nun 31 Millionen Euro in einen Um- und Erweiterungsbau investiert werden.

Die Aufstockung der OP- Säle folgt der falschen Gesundheitspolitik. Sie schafft Anreize für Operationen und bestraft eine ausreichende Pflege.

Gründe für die Probleme des Klinikums sind falsche Weichenstellungen der Politik von CDU, FDP und SPD in Berlin. Unser Gesundheitswesen ist mittlerweile dem Profitdenken untergeordnet und steht mit anderen Kliniken im Wettbewerb, die Geld im Gesundheitswesen verdienen wollen. Aus diesen Gründen wurden im letzten Jahr über 100 Arbeitsplätze im Klinikum abgebaut. Die Belastungen für das Personal steigen extrem an. Viele Mitarbeiter werden krank und können nicht mehr, das geht so weit, dass einige aus Selbstschutz ihren Arbeitsvertrag kündigen. Daher ist eine Entlastung des Personals durch Neueinstellungen dringend notwendig.

Grundsätzlich muss sich die Finanzierung wieder an den Bedürfnissen der Patienten orientieren.

**GESUNDHEIT IST KEINE WARE.**

**DIE LINKE.**

## Ältere Arbeitslose haben wenig Chancen!

### Ältere Arbeitslose haben so gut wie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Die Vermittlungsquote für 60 bis 64 jährige beträgt im Kreisjobcenter gerade mal 2,9 Prozent. In dieser Altersgruppe wurden von den 620 Arbeitslosen gerade mal 18 vermittelt. Mit 64 Jahren wurde niemand mehr vermittelt. Die Zahlen gehen aus der Antwort des Landrats Woide auf eine Anfrage der LINKE.Offenen Liste im Kreistag hervor.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in dieser Altersgruppe, entgegen dem allgemeinen Trend. Ebenso bedenklich ist der Anstieg der Bezieher von Grundsicherung in dieser Altersgruppe auf insgesamt 924 im Jahre 2011.

Da die Vermittlung von älteren Arbeitslosen derart gering ist, befürchtet die LINKE.Offene Liste durch die jährliche schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für die Betroffenen weitere Rentenkürzungen und in Folge eine Zunahme der Empfänger von Grundsicherung im Alter.

Solange keine Vermittlung der Betroffenen möglich ist sollte man den betroffenen die Rente ab 65 Jahren ohne Abschläge anbieten. Jeder Monat länger bedeutet nur eine weitere Kürzung der Rente ohne dass die Betroffenen dies ändern können.

Aus diesen Gründen hat die LINKE.Offene Liste folgenden Resolutionsantrag in der Kreistagssitzung am 06. Mai eingebracht:

Der Kreistag möge folgende Resolution an die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien beschließen:



„Sehr geehrte Damen und Herren, trotz intensiver Bemühungen ist die Vermittlung älterer Arbeitsloser kaum möglich. Erhebungen im Bereich des Fuldaer Kreisjobcenters haben ergeben, dass man im Bereich der 50 bis 54 jährigen im Jahre 2011 eine Vermittlungsquote von 21,59 Prozent erreichen konnte, die Vermittlungsquote in der Altersgruppe von 60 bis 64 ist dagegen sehr gering ist. Nach unseren Erhebungen konnten im Jahr 2011 in dieser Gruppe von 620 Beziehern von Arbeitslosengeld II nur 18 vermittelt werden. Die Vermittlungsquote betrug nur 2,9 Prozent.

Im Alter von 64 Jahren konnte niemand mehr vermittelt werden. Gleichzeitig stieg die Zahl Bezieher von Arbeitslosengeld II in dieser Altersgruppe, entgegen dem allgemeinen Trend. Ebenso bedenklich ist der Anstieg der Bezieher von Grundsicherung in dieser Altersgruppe auf insgesamt 924 im Jahre 2011.

Da die Vermittlung von älteren Arbeitslosen derart gering ist, befürchtet der Kreistag durch die jährliche Anhebung des Renteneintrittsalters um einen Monat für die Betroffenen weitere Rentenkürzungen und in Folge eine Zunahme der Empfänger von Grundsicherung im Alter.

Solange keine Vermittlung der Betroffenen möglich ist sollte man die Rente ab 65 Jahren ohne Abschläge anbieten. Jeder Monat länger bedeutet nur eine weitere Kürzung der Rente ohne dass die Betroffenen dies ändern können.“

## G9 auch für die jetzigen 5. und 6. Klassen im Kreis Fulda!

### Wahlmöglichkeiten erweitern!

Folgenden Antrag hat die LINKE.Offene Liste im Kreistag eingebracht:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert die hessische Landesregierung mit Nachdruck auf, eine generelle Wahlmöglichkeit für alle Gesamtschulen und Gymnasien zu schaffen, die künftig kein G8 mehr anbieten. Sie sollten den laufenden Klassen fünf und sechs erlauben, spätestens ab Klasse sieben nach G9 beschult zu werden.

Begründung:

Die Einführung des Abiturs nach 8 Schuljahren, das sogenannte G8 Abitur, hat sich als bildungspolitischer Irrtum erwiesen. Dennoch schließt die derzeitige Rechtslage die jetzigen Klassen fünf und sechs von der Möglichkeit zu einer Rückkehr zu G9 aus, ohne dass hierfür pädagogische, sachliche oder organisatorische Gründe erkennbar sind. Lediglich ein sogenannter Schulversuch erlaubt dies in den Gymnasien der Stadt Fulda mit mindestens drei Parallelklassen.

Wenn aber das G9 Abitur durch die Schulkonferenz als sinnvoller angesehen wird, dann sollte die Umsetzung so geschehen, dass alle davon profitieren und alle ab Sommer eine optimale stressfreie schulische Ausbildung erhalten und es sollte dann auch einheitlich in der Stadt und im Landkreis möglich sein.

Daher ist es dringend notwendig, den Elternwillen nach G9 auch für die jetzigen Klassen fünf und sechs zu respektieren und zu berücksichtigen. Eine fehlgeschlagene Bildungspolitik darf nicht weiter auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden.

0,25 Prozent zum 01.07.2013!

# Soppt die Rentenkürzungen!

## Zum 01. Juli erneut Rentenkürzungen!

**Von Michael Schlecht, MdB, Spitzenkandidat der LINKEN in Baden-Württemberg und Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand**

Den Rentnerinnen und Rentnern im Westen droht dieses Jahr eine Rentenkürzung. Alles wird teurer: Mieten, Strom, Heizung, Butter, Brot und Eier. Aber die Renten werden skandalöserweise ein weiteres Mal beschnitten!

Ein Minus von 1,5 Prozent droht, denn die rechnerische Erhöhung von 0,25 Prozent wird durch die Inflation dahin schmelzen wie der Schnee im Frühjahr.

Die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen begründet die popelige Erhöhung mit der Rentenformel. Union und FDP, aber vor allem SPD und Grüne haben seit 2000 mehrere Male an dieser Formel herumgeschraubt. Damit ist die Anbindung an die Lohnentwicklung - wie sie Konrad Adenauer einfuhrte - erheblich beschnitten.

Mit der Riester-Rente wurde die "Riestertreppe" beschlossen. Eine Treppe nach unten. Vier Prozentpunkte Erhöhung sind mittlerweile gestri-

chen worden. Weil SPD und Grüne meinten, dass die Rentner mit der Riesterrente ja prima gestellt seien. Ein Irrtum, der absehbar war. Zudem können viele sich das gar nicht leisten, weil sie viel zu wenig verdienen.

Mit dem "Nachhaltigkeitsfaktor" - auch von SPD und Grüne eingeführt - wurde die Rentenformel zusätzlich beschnitten. Die heutigen Rentnerinnen und Rentner werden dafür bestraft, dass weniger Kinder geboren werden. Als wenn sie etwas für fehlende Kinderbetreuung könnten. Als wenn sie für prekäre Jobs verantwortlich wären, die gerade mit Kindern ein hohes Armutsrisiko darstellen. Viele junge Menschen können sich ihren Kinderwunsch deshalb nicht erfüllen.

Schließlich wird die diesjährige Rentenerhöhung beschnitten wegen des "Nachholfaktors". Im Wahljahr 2009 wurden die Renten aus Wahlkampfgründen erhöht. Dieses Plus wird jetzt auch wieder eingesammelt.

Die jetzt drohende, faktische Rentenkürzung ist nicht nur unsozial, sondern auch eigentlich überflüssig. Viele Rentnerinnen und Rentner

sind empört, dass mit der jüngsten Beitragssatzsenkung der Rentenkasse sieben Milliarden Euro entzogen wurde. Davon sind 3,5 Milliarden in die Taschen der Unternehmer geflossen!

DIE LINKE fordert, dass die Rentenformel wieder repariert wird. Wir wollen, dass alle Kürzungsfaktoren zurückgenommen werden. Um die Verluste der Rentnerinnen und Rentner auszugleichen, ist zudem eine einmalige Rentenerhöhung von acht Prozent notwendig! So kommt man wieder auf das Rentenniveau des Jahres 2000.

Um dies zu finanzieren, muss die Riesterrente in die gesetzlich Rentenversicherung integriert werden. Die Milliardensubventionen, die heute an private Versicherungen fließen, sind dort besser aufgehoben.

Um die demografische Verschiebung aufzufangen und die Rente mit 67 überflüssig zu machen, müssen die Rentenversicherungsbeiträge der Beschäftigten jedes Jahr um bescheidene 0,3 Prozentpunkte steigen. Dies entspricht einem Aufschlag für Beschäftigte von gerade einmal sieben Euro im Monat.

Mit dem Mindestlohn, Stop der prekären Jobs und der Verbesserung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften können endlich auch wieder deutlich höhere Löhne durchgesetzt werden. Dann fällt eine geringfügige Erhöhung der Beiträge überhaupt nicht ins Gewicht.

Dafür bekommen die Menschen Renten, von denen die meisten leben können und ein Rentenbeginn ohne Abschläge mit spätestens 65 Jahren. Das will DIE LINKE!

<http://www.die-linke.de/ne/politik/themen/rentenpolitik/>

Impressum:

**DIE LINKE.Offene Liste**

**Bettina Licht**  
An der Röthe 16  
36145 Hofbieber

[kontakt@die-linke-fulda.de](mailto:kontakt@die-linke-fulda.de)

[www.linke-kreis-fulda.de](http://www.linke-kreis-fulda.de)

## Ihre Abgeordneten im Fuldaer Kreistag:

Michael Wahl

Pia Hainer

